

Hamburger Echo.

Das "Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis durch die Post bezogen ohne Frangebel monatlich 4.20, vierteljährlich 12.00, jährlich 48.00, durch die Kolportage wöchentlich 80 Pf. frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 5 Pf.
Sonntagsnummer mit "Neue Welt" 10 Pf., bei den Straßenhändlern 10 Pf.
Kreuzabonnements monatlich 2.70, für das Ausland monatlich 4.40.

Redaktion: Behlendorfstraße 11, 1. Stod., Hamburg 36
Expedition: Behlendorfstraße 11, Erdgeschoss.
Verantwortlicher Redakteur: F. Reitze in Hamburg.

Anzeigen die nebengelegte Preistabelle oder deren Raum 40 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 A. Anzeigen-Annahme Behlendorfstr. 11, Erdgeschoss (bis 5 Uhr nachmittags).
In den Filialen, sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Preisveränderungen ohne Verbindlichkeit.
Reklamen im reaktionären Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.
Buchhandlung: Erdgeschoss, Buchdruckerei-Kontor: 1. Stod., Behlendorfstr. 11.

Kriegsfinanzen und Kriegssteuern.

Je länger der gewaltige Krieg der Gegenwart dauert, desto mehr wachsen die erforderlichen Kriegsmittel ins Ungeheure, desto tiefer erhöhen sich die Werte, die der Zerschlagung anheimfallen und nach dem Kriege neu geschaffen werden müssen. Die Rechnung mit Millionen ist längst überholt; nur noch Milliardensummen kommen in Frage. Wie weit der fernere Verlauf des Krieges die Ansprüche noch steigern wird, ist noch nicht abzusehen.

Woher die Mittel nehmen? Zunächst gibt es keinen andern Weg als den der Anleihen; denn solche ungeheure Ausgaben lassen sich nicht aus laufenden Einnahmen bestreiten, sie müssen auf eine lange Zeit verteilt werden. Das geschieht eben durch die Anleihen und deren spätere Verzinsung und Amortisation. Die beiden bisher aufgenommenen deutschen Kriegsanleihen haben ja eine erfreuliche Stärke der deutschen Volkswirtschaft bewiesen; sie haben zusammen etwa 13 1/2 Milliarden ergeben, eine schier schwindelerregende Summe. Wenn nun auch aus den aufgeschöpften Reichthümern der deutschen Nation so gewaltige Summen mit relativer Leichtigkeit für die Durchführung des Krieges zur Verfügung gestellt werden konnten, so kommt das schwierigere Problem doch hinterher: in Zukunft die laufenden Einnahmen zu schaffen, aus denen die Zinsen und Amortisationsquoten sowie die sonst aus dem Kriege sich ergebenden fortwährenden Ausgaben bestritten werden können. Zu letzteren sind vor allem zu rechnen die sicher viele Hunderte von Millionen erforderlichen Gehaltszahlungen für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen Gefallener, die Wiederbeschaffung vernichteten Kriegsmaterials, der Wiederaufbau zerstörter Ortschaften usw. Wenn in letzterer Hinsicht auch wieder zunächst zu Anleihen gegriffen werden muß, so ist auch dafür wiederum für viele Jahre die Verzinsung und Tilgung zu bestreiten.

Von den zwanzig Milliarden, die der Reichstag bisher bewilligt hat, sind bisher 13 1/2 Milliarden aufgenommen, etwa ein Drittel steht also noch aus. Nach den Angaben des Reichsschatzsekretärs im Reichstage sollen die bewilligten Mittel etwa bis zum Herbst dieses Jahres reichen, falls der Krieg bis dahin dauert. Danach er länger, so werden vermutlich noch weitere Mittel erforderlich sein.

Wenn aber auch "nur" die zwanzig Milliarden aufgebraucht werden, so ergibt das eine ungeheure Zukunftslast, für deren Tragung große neue Einnahmen des Reiches erforderlich werden. Allein die Verzinsung würde jährlich etwa eine Milliarde beanspruchen; ebensoviel, als der zur Finanzierung der letzten großen Militärvorlage beschlossene Wehrbeitrag in drei Jahren erbringen soll. Ob eine Verdoppelung dieser Milliarde ausreichen würde, um die übrigen aus dem Kriege erwachsenden Verpflichtungen des Reiches zu erfüllen, läßt sich vorläufig noch nicht entscheiden.

Aus welchen Quellen kann das Reich so riesige neue Einnahmen ziehen machen, um all den neuen Ansprüchen gerecht zu werden? Das ist die Frage, die immer aktueller wird; denn für die Kriegsanleihen werden die ersten Zinsbeiträge bald fällig und die Zinsfrage für Invalide und Hinterbliebenen erfordert ebenfalls schon ihre finanzielle Deckung. Wenn die erwachsenden Kosten auch zunächst mit aus den Anleihen bestritten werden können, so kann das doch nicht für längere Dauer geschehen. Es werden also bald, spätestens unmittelbar nach Beendigung des Krieges neue Einnahmequellen für das Reich erschlossen werden müssen.

Wo lassen sich solche finden? Eins erscheint uns sicher, daß mit der bisherigen Methode, den Bedarf des Reiches im wesentlichen aus indirekten Steuern und Zöllen zu decken, die neuen großen Mittel nicht beschafft werden können. Das Reich hat schon durch seine bisherige Finanz- und Steuerpolitik diese Quellen in so ausgiebiger Weise ausgeschöpft, daß da nicht viel mehr zu holen ist. Die indirekten Steuern, die ja vor allem die große Masse belasten, haben bei übertriebener Höhe die Wirkung, daß sie sich zum Teil selbst anheben, weil die Verteuerung der Steuerobjekte durch die hohe Steuer einen Rückgang des Verbrauchs herbeiführt, so daß das Ergebnis der neuen oder erhöhten Steuer sehr stark hinter den Erwartungen und Berechnungen zurückbleibt. Oft erst nach langer Zeit tritt hier ein Ausgleich ein. Nach dem Kriege wird aber die Quelle der indirekten Steuern und Zölle voraussichtlich schon so wie so langjammer fließen, weil einmal der Krieg die Konsumkraft des Volkes geschwächt hat und auch damit zu rechnen ist, daß die Einfuhr mancher Artikel, besonders auch von Lebensmitteln, nicht so bald die alte Höhe wieder erreichen wird.

Es wird sich also bewahrheiten, daß weder Reich noch Staat dort noch viel holen können, wo nur noch über das Nötigste verfügt wird, bei den großen Volksmassen. Das Reich wird sich für die Deckung seines ungeheuren gewachsenen Geldbedarfs an jene Kreise halten müssen, die mehr als das Nötigste haben, also an die verschiedenen Schichten des Volkes oder direkt an gewisse Quellen der Reichthumserschöpfung, die es sich unmittelbar dienstbar machen kann.

Der Weg der direkten Reichssteuern ist ja schon bei der letzten großen Militärvorlage beschritten worden durch das Gesetz über den Wehrbeitrag und das Vermögenssteuergesetz vom 3. Juli 1913, das die Reichsvermögenszuwachssteuer schuf. Das von der Regierung und den herrschenden Parteien früher zäh verteidigte "Prinzip", daß das Reich seine Bedürfnisse durch Zölle und indirekte Steuern zu decken habe, ist also überwunden. Weitere

Schritte auf diesem Wege werden unvermeidlich sein. Es könnte der Wehrbeitrag, der bekanntlich eine Kombination von Vermögens- und Einkommenbesteuerung, aber nur als einmalige Abgabe (zahlbar in drei Raten, von denen die letzte erst im Februar nächsten Jahres fällig ist), gedacht ist, zu einer ständigen Vermögenssteuer ausgebaut werden oder die Reichsvermögenszuwachssteuer, die erst 1917 wirksam wird, muß eine konsequenter Ausgestaltung erfahren. Für beide Möglichkeiten hat die für die Feststellung des Wehrbeitrages erfolgte Vermögensaufnahme eine brauchbare Grundlagel geschaffen.

Der Ausbau der Reichsvermögenszuwachssteuer könnte eventuell auch die Handhabe bieten für eine scharfe Besteuerung der Kriegsgewinne. Dieser Gedanke hat ja im Hinblick auf die empörende Ausnutzung der Kriegskonjunktur durch regelmäßige Kriegslieferanten und durch geriebene Geschäftsmänner aller Art liberal Anklang gefunden. Nur die Frage, wie man diese Kriegsgewinne steuerlich am besten fassen könne, um den streupellosen Profitmachern einen sehr erheblichen Teil ihres durch Ausnutzung der Kriegsnötlage erhaschten Gewinnes wieder abzugewinnen, ist noch nicht gelöst. Es wäre durchaus gerecht, diese Kriegsgewinne, die in einer Zeit, wo Millionen anderer die schwersten Opfer bringen müssen, auf Kosten der Allgemeinheit gemacht worden sind, viel scharfer zu treffen, als eine Besteuerung des Vermögenszuwachses im allgemeinen sein könnte. In berechtigter Empörung über die Riesengewinne, die von Kriegslieferanten und Spekulanten gemacht worden sind, ist schon vorgeschlagen, diese mit dem Obitum des Kunden behafteten Gewinne ganz wegzusteuern. Ein gangbarer Weg dafür ist aber bisher nicht gezeigt worden.

Die Feststellung der eigentlichen Kriegsgewinne wird einige Schwierigkeiten verursachen, zumal die Erfahrung schon gelehrt hat, daß große und kleine Gesellschaften, die durch Lieferung von Kriegsmaterial Riesengewinne erzielt haben, diese durch Bilanzverschleierung zu verdecken bemüht sind. Leichter noch als den zu öffentlicher Rechnungslegung verpflichteten Aktiengesellschaften wird die Verschleierung von privaten Lieferanten gelingen können. Aber unter Zuhilfenahme scharfer Strafbestimmungen dürfte es doch gelingen, auf dem Wege des Deklarationszwanges und scharfster Nachprüfung der geschäftlichen Ergebnisse aus Kriegslieferungsverträgen einen wesentlichen Teil der Kriegsgewinne zu erfassen, wenn auch absolute Vollständigkeit ausgeschlossen ist.

Diese Kriegsgewinne fallen ja schon jetzt in den Rahmen der Reichsvermögenszuwachssteuer. Wenn Ende 1916 die neue Feststellung der Vermögen im ganzen Reich erfolgen wird, dann ist damit auch der Zuwachs durch Kriegsgewinne der Steuerpflicht unterworfen. Der Anspruch aber, den das Reichsbesitzsteuergesetz an den Vermögenszuwachs stellt, ist schon für "normale" Fälle durchaus ungenügend, wenn die Steuer Erhebliches bringen soll; für die Kriegsgewinne würden die Steuerföhe aber geradezu zum Kinderpott. Die Steuer beträgt bis zu 50000 Vermögenszuwachs 0,75 Prozent und steigt bis zu 1,50 Prozent bei einem Zuwachs von mehr als 1 Million. Uebersteigt der Gesamtwert des steuerpflichtigen Vermögens M. 100000, so erhöht sich der Steuerfuß um 0,1 Prozent, bei M. 200000 um 0,2 Prozent, um bei 10 Millionen das Maximum der Steigerung des Steuerfußes um 1 Prozent zu erreichen. M. 375 Steuer bei einem Vermögenszuwachs von M. 50000, oder M. 900 Steuern bei M. 100000 Zuwachs sind jedenfalls schon für normale Zeiten als geringfügig anzusehen, aber auch wenn ein Millionär mit 1 Million Zuwachs die gebühre oder zwölftel Million vollmacht und dafür M. 25000 zahlen muß. Eine Kriegsgewinnsteuer von höchstens 2 1/2 Prozent, die 97 1/2 Prozent des Gewinnes in den Händen der Gewinnernehmer ließe, wäre aber einfach eine Lächerlichkeit.

Um für die Deckung des ungeheuren gewachsenen Reichsbedarfs Summen zu gewinnen, die bei der Größe des Bedarfs auch einigermaßen der Rede wert sind, wird also das Reichsbesitzsteuergesetz eine sehr kräftige Verschärfung seiner Steuerfaktala erfahren müssen. Für allen Vermögenszuwachs. Für den Vermögenszuwachs aber, der aus der allgemeinen Kriegsnötl geschöpft ist durch Brandschädigung der Reichskasse vermittels überhöhter Lieferungspreise, durch Spekulationen, die die Not der großen Massen noch erhöht haben, und ähnliche unpatriotische Praktiken — für diesen allgemeinen Kernernis erregenden Vermögenszuwachs müßten die Steuerföhe bis nahe an die Grenzen der Konfiskation gehen. Abgesehen von den Betroffenen würden sich kaum Stimmen des Widerpruchs dagegen erheben; solche Besteuerung der Kriegsgewinne würde vielmehr ziemlich allgemein als gerecht empfunden werden.

Wieviel aus einer sehr hohen Sondersteuer auf Kriegsgewinne herausgeholt werden könnte, läßt sich im voraus auch nicht einmal annähernd berechnen, da nicht zu übersehen ist, welcher Teil der verbrauchten Kriegsmilliarde in den Händen der Lieferanten und Spekulanten hängengeblieben ist. So hoch die Summe auch sein mag, ist sie doch immerhin nur ein Bruchteil des Gesamtverbrauchs für Kriegszwecke, der auch die Löhnungen für Offiziere und Soldaten, die Unterzögunsummen für die Familien der Kriegsteilnehmer, die Zahlungen an staatliche Betriebe, an Eisenbahnen, Werften usw., und bei den Lieferungen selbst auch die Arbeitslöhne und Materialkosten (in denen freilich wiederum ein Teil Lieferungsgewinne steckt) mit umfaßt. Daß aus der Besteuerung der Kriegsgewinne allein, selbst wenn sie bis zu sehr hohen Höhen steigt, ein sehr großer Teil der Zu-

kunftsansgaben des Reiches gedeckt werden könnte, ist nicht anzunehmen. Unter Mitherausziehung einer allgemeinen Ausgestaltung der Reichsbesitzsteuer wird aber immerhin ein nicht unbedeutender Teil des großen Neubedarfs aufgebracht werden können.

Der Gedanke wird in Zukunft vorherrschend sein müssen, daß Reich und Staat ihren Bedarf mehr als bisher dort entnehmen müssen, wo sich die Heberschäfte der nationalen Wirtschaft ansammeln. Für den ungeheuren Neubedarf nach dem Kriege — für dessen Deckung man auch nicht zu sehr auf etwaige große Kriegskostenüberschüssigkeiten rechnen darf, weil der Krieg, je länger er dauert, eine allgemeine Erschöpfung der nationalen Kräfte zur Folge haben muß — wird es schwerlich möglich sein, allein in Besitzsteuern ausreichende Deckung zu finden. Es werden voraussichtlich noch andere Einnahmequellen erschlossen werden müssen, die aber, wie wir schon oben darlegten, nicht in einer Erweiterung des Systems der indirekten Steuern bestehen können und dürfen. Scheidet man dies aus, so bleibt nur noch die Monopolisierung bestimmter Industriezweige seitens des Reiches, um diesem so unmittelbare eigene Einnahmen zu verschaffen.

Der Versuch, solche Monopole zu schaffen, ist ja schon früher gemacht worden. Bismarck wollte das Tabaksmonopol als "Patriottimum der Enterbten" einschmuggeln und auch ein Branntweinmonopol ist schon in Erwägung gezogen worden. Die Versuche sind gescheitert und auch das vor Jahresfrist von der Regierung geforderte Petroleummonopol, das die Petroleumversorgung Deutschlands sicherstellen sollte, ist nicht zur Wirklichkeit geworden. Ob es den ihm gesetzten Zweck erreicht haben würde, muß nach den Erfahrungen der Kriegszeit als zweifelhaft erscheinen. Ein Monopol, das in seinem Objekt vom Auslande abhängt, hat überhaupt eine sehr unsichere Grundlagel.

Wenn nach dem Kriege ungewißheit die Frage der Schaffung von Reichsmonopolen aktuell werden wird, so wird dabei mehr als je der fiskalische Gesichtspunkt maßgebend sein, die Absicht der Einnahmevermehrung. Es dürfen dabei aber auch die ökonomischen und sozialen Erwägungen nicht beiseite geschoben werden. Die Monopole dürfen nicht zu einer schweren Belastung des Verkehrs oder des Konsums werden, sondern müssen die dem

Reiche zuzuführenden Einnahmen aus dem entnehmen, was bisher als Kapitalgewinn in die Taschen der Unternehmer und Aktionäre floß.

Als bestes und reifstes Monopolobjekt bietet sich hier der Bergbau. Die Erbhöhe an Kohlen, Eisen, Salzen, Oelen usw. sind bisher an die Bergwerksunternehmer sozusagen verschent, worden und haben für sie die Basis für kolossale Gewinne, für die Anhäufung ungeheurer Reichthümer gebildet. Diese Erbhöhe in Zukunft auf dem Wege des Reichsmonopols für die Allgemeinheit auszubenten, würde den Forderungen der Gerechtigkeit entsprechen. Für die staatliche Monopolisierung reif ist auch die gewaltige Elektrizitätsindustrie, die heute schon eine Art Privatmonopol bildet, dessen ungeheure Gewinne sich in wenigen Händen sammeln. Sie für die Allgemeinheit nutzbar machen, wäre ein Verdienst. In Erwägung gezogen ist ja seit längerer Zeit auch schon ein Zigarettenmonopol, dessen Einführung wohl ein allgemeines Tabaksmonopol zur baldigen Folge haben würde. Auch ein Zündholzmonopol ist schon früher ins Auge gefaßt worden, ebenso ein Versicherungsmonopol. Ob noch weitere Monopolprojekte in Betracht kommen können, ist vorläufig nicht abzusehen.

Es ist wohl damit zu rechnen, daß die Regierung, wenn sie an die Schaffung von Reichsmonopolen herantreten wird, die Linie des geringsten Widerstandes wählen wird, um schnell zu den neuen Einnahmen zu kommen. Da man sicher bei den Bergbauinteressen auf den schärfsten Widerstand stoßen wird, so wird man sich schwerlich entschließen, dieses für das Reichsmonopol reifste Gebiet zuerst in Angriff zu nehmen.

Bei jedem Monopol besteht natürlich das Bedenken, daß es sich nicht darauf beschränkt, die bisherigen Unternehmerrgewinne für das Reich einzuziehen, vielmehr dazu mißbraucht werden kann, den Konsum zu belasten und damit die gleiche Wirkung wie durch indirekte Steuern zu erzeugen. Mit dieser Gefahr ist immer zu rechnen. Gleichwohl wird das Reich nach dem Kriege kaum anders als mit Hilfe von Monopolen die großen Summen aufbringen können, die erforderlich sind, die Hinterlassenschaft des Krieges zu regeln. Dem Mißbrauch der Monopole wird durch eine demokratische Kontrolle nach Möglichkeit zu steuern sein.

Zurückgeschlagene Angriffe im Westen und Osten. Der Vormarsch in Galizien dauert fort.

Mittheil. W. W. Großes Hauptquartier, 15. Mai 1915.
Westlicher Kriegsjahresausflug.

Bei Steenstraate am Oprekanal wiesen wir einen nächtlichen feindlichen Angriff ab. An der Straße St. Julien-Hern griffen wir weiter an und machten Fortschritte. Drei englische Offiziere mit 60 Mann und einem Maschinengewehr fielen in unsere Hände. Die Zahl der seit dem 22. April bei Hern von uns gemachten unabwehrbaren Gefangenen ist auf 110 Offiziere und 5450 Mann gestiegen, wozu noch über 500 verwundete Gefangene kommen.

Südwestlich von Lille entwickelten sich auch gestern heftige Artillerielämpfe. Feindliche Infanterieangriffe erfolgten dort nicht. An der Loretto-Höhe wurde die meisten feindlichen Angriffsbewerke niedergehalten. Ein Angriff nördlich des Höhenzuges, der bis in unsere Gräben gelangte, wurde unter schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen.

Bei der Räumung von Carency und des Westteiles von Ablain ist, wie jetzt festgestellt, ein in der vorderen Linie eingebautes Feldgeschütz und eine geringe Anzahl von Behelfsminenwerfern verloren gegangen. Außerdem fielen 5 von uns früher erbeutete französische Geschütze, und zwar 3 kleine Nebelwerkanonen und 2 Mörser, die als Minenwerfer benutzt wurden, in Feindeshand zurück. Nördlich von Arras blieb es im allgemeinen ruhig.

Südlich von Ailly, östlich der Maas, nahmen wir einige feindliche Gräben, wobei 52 verwundete und 166 unabwehrbare Franzosen, darunter ein Bataillonkommandeur, gefangen genommen wurden.

Drei feindliche Angriffe gegen unsere Stellung an der Straße Gisey-Flirey wurden abgewiesen. Im Priesterwalde setzten wir uns im Morgengrauen durch einen Vorstoß in den Besitz eines feindlichen Grabens und machten hierbei einige Gefangene.

Westlicher Kriegsjahresausflug.

Nach einem vorübergehenden kleinen Erfolge des Feindes, der uns drei Geschütze kostete, ist der Vormarsch starker russischer Kräfte bei Szawle zum Stehen gebracht worden.

Feindliche Angriffe an der unteren Dubissa scheiterten.

Der Gegner hat nunmehr auch in der Gegend südlich des Njemen eintiglt Verhärtenngen heranzgeführt. Gesehtsberührung mit diesen besteht noch nicht.

Bei Angustow und Kalwarja wurden feindliche Angriffe abgeschlagen.

Südöstlicher Kriegsjahresausflug.

In dem Raume südlich der unteren Pilica bis zur Weichsel setzten die verbündeten Truppen den weiterabziehenden Russen nach. Der Bräudenkopf von Jaroslan am San wurde gestern erstickt. Schulter an Schulter mit der österreichisch-ungarischen Armee, in deren Verband sie stehen, erreichten die Truppen des Generals von der Marwitz die Gegend von Dobromil.

Weiter südlich wird ebenfalls die Verfolgung rastlos fortgesetzt. Die verbündeten Truppen haben vielfach die Gebirgsausgänge gewonnen.

Oberste Heeresleitung.

Der russische Rückzug in Polen und Galizien. Russische Sturmangriffe an der Pruthlinie zurückgeschlagen.

W. W. Wien, 15. Mai. Mittheil. Die russischen Armeen in Polen und Galizien sind weiter im Rückzuge. Auf der ganzen Front von Nowe Miasto an der Pilica bis südlich des Dnjester, in der Gegend von Dolina, dringen die verbündeten Armeen vor.

An San sind Rudnik und Lezajsk von unseren, Jaroslan von den deutschen Truppen erobert worden. Das in Mittel-Galizien zuständige österreichisch-ungarische 10. Korps steht vor seiner Heimatstadt Krzemysl. Weiter südlich sind Dobromil, Stary Sambor und Boryslaw wieder in eigenem Besitz. Verbündete Truppen der Armee v. Linington erreichten die Höhen südwestlich Dolina.

An der Pruthlinie greifen die Russen noch an. In erbitterten Kämpfen nördlich Kolumnea hat die kärntnerische und steirische Infanterie des Heeres und der Landwehr in zähem Ansharren alle russischen Sturmangriffe blutig zurückgeschlagen.

Der stellvertretende Chef des Generalstabes: v. Döfer, Feldmarschallsleutnant.